



Stadtverband Düsseldorf

## Stellungnahme des DGB-Stadtverbandes Düsseldorf zum Haushalt der Stadt Düsseldorf 2018

### Einleitung

Der DGB-Stadtverband begrüßt grundsätzlich den eingebrachten Haushaltsplanentwurf der Stadtspitze. Dass bei einem Volumen von knapp 2,8 Milliarden Euro 569 Millionen Euro für soziale Leistungen, 182 Millionen für Investitionen - davon 23,4 Millionen für den ÖPNV - aus dem Haushalt verplant werden, zeigt aus Sicht des DGBs in die richtige Richtung. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei anderen Punkten noch Handlungs- bzw. Verbesserungsbedarf gibt:

### Stadtverwaltung

Wir begrüßen deutlich die wachsende Zahl der Ausbildungsplätze bei der Stadt Düsseldorf. Damit wird für einen nicht unerheblichen Teil der Aufgaben langfristig „neues“ Personal für Düsseldorf gewonnen.

Die aktuellen und in den nächsten Jahren zunehmend entstehenden Lücken schließt dies alleine aber nicht. Dazu bedarf es der Einstellung von Fachkräften verschiedenster Berufe. Um dies umsetzen zu können, müssen die Restriktionen wie etwa die Besetzungssperre wegfallen. Der Stellenplan muss ausfinanziert werden. Es gilt mindestens, die Kompensationsvorgaben deutlich zu verringern und die Tarif- und Besoldungserhöhungen voll einzurechnen. Nur so sind die Spielräume zum notwendigen Handeln herzustellen.

Stellenstreichungen, Diskussionen um Abbau von Dienstleistungen und Beratungsangeboten oder gar Ausgründungen wirken sich insgesamt negativ auf das Betriebsklima und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei der Stadtverwaltung aus. Die Beschäftigten der Stadt Düsseldorf sind in vielen Arbeitsbereichen bereits an ihre Leistungsgrenzen gestoßen, arbeiten zum Teil schon darüber. Auch die Vielzahl der inzwischen dauerhaft unbesetzten Planstellen ist inakzeptabel. Das Problem der Überlastung der Beschäftigten droht die Serviceverschlechterungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verschärfen. Das spüren die Bürgerinnen und Bürger bereits. Daher darf es nicht zu Privatisierungen oder Vergaben kommen, die zu einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten führen bzw. zu einer Minderung der Qualität der Dienstleistungen. Hier muss endlich gegen-gesteuert werden und Stellen sofort besetzt werden, um all dem entschieden entgegen zu wirken.



## **Einnahmen steigern ohne Privatisierungen – kein Verkauf der 49%-Anteile an den Sana-Kliniken**

Wie im vergangenen Jahr haben die aktuellen Diskussionen um den Haushalt haben gezeigt, dass die Einnahmen der Stadt für die vielen Aufgaben, Herausforderungen und sozialen Probleme bei weitem nicht ausreichen. Wir begrüßen, dass die Investitionen insbesondere für Schulen deutlich ausgebaut werden. Aber insgesamt betrachtet sind die finanziellen Bedarfe für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, für genügend Kindertagesstätten, Schulen, Kultur, Bürgerdienste, Integration von Geflüchteten und Soziales – also gegen Armut und Obdachlosigkeit – so hoch, dass sie nicht aus den bisher gewöhnlichen Einnahmen der Stadt zu bewältigen sind.

Diese notwendigen finanziellen Mittel, die im KfW-Kommunalpanel 2016 als Investitionsstau vieler Kommunen mit bundesweit insgesamt 136 Milliarden Euro berechnet sind, sind auch nicht durch Privatisierungen – die wir auch wegen ihrer langfristigen negativen Auswirkungen ablehnen – und auch nicht durch Grundstücksverkäufe aufzubringen.

Insbesondere wenden wir uns gegen den Verkauf der 49%-Anteile der Stadt an den Sana-Kliniken, weil mit dem Einfluss der Landeshauptstadt in diesem Aufsichtsrat ein wichtiges Gegengewicht der öffentlichen Hand zu der rein gewinnorientierten Ausrichtung des privaten Konzerns entfallen würde. Gäbe man diesen Einfluss vollständig auf, wäre in der Landeshauptstadt der Weg „weg von der öffentlichen Daseinsvorsorge“ endgültig gebahnt und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Dazu gehört auch der Einfluss als Gesellschafter aus dem Konsortialvertrag. Danach kann der Sana-Konzern Veränderungen in bestimmten Strukturen nur realisieren, wenn es eine Einstimmigkeit gibt. Dies gilt insbesondere für das Kinderneurologische Zentrum (KNZ) in Gerresheim. Das KNZ hat nicht nur einen hervorragenden Ruf weit über die Grenzen Düsseldorfs hinaus, es ist ein Alleinstellungsmerkmal der Kliniken. Unter gewinnorientierten Gesichtspunkten ist das KNZ aber nicht wertschöpfend. Sollte die Stadt die Anteile und damit ihre Gesellschafterposition aufgeben, ist zu befürchten, dass das KNZ aufgegeben wird. Gerade jetzt, wo das Gesundheitswesen und seine inzwischen sehr überlasteten Versorgungsstrukturen, vor allem auch durch Personalmangel in den Krankenhäusern, ins öffentliche Bewusstsein gerückt sind, würde die Landeshauptstadt ein mehr als bedenkliches, unsoziales Zeichen setzen. Öffentlich ist und bleibt gerade in der jetzigen Zeit wesentlich!

Auch der Weg über die Identifizierung von „Sparpotentialen“ wird bei weitem nicht ausreichen. Wir halten es für die Entwicklung der Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger für schädlich, dass immer wieder in Kommissionen „Sparpotentiale“ identifiziert werden sollen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erarbeiten. Offensichtliche Verschwendungen - sofern sie tatsächlich vorhanden sein sollten-, teure Prestigeprojekte und Veranstaltungen müssen abgestellt werden. Dazu bedarf es keiner Kommissionen. Denn so hohe „Sparpotentiale“, wie für die notwendigen Investitionen erforderlich wären, existieren nicht.

Deshalb müssen die notwendigen Einnahmen dringend auf einem anderen Wege generiert werden. Kurzfristig sollte dazu eine angemessene Erhöhung der Gewerbesteuer nicht außer Betracht gelassen werden. Erhöhungen oder gar Neueinführungen von Gebühren und Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Wir erwarten, dass sich die Stadt stark macht für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre und für eine Erbschaftssteuer, bei der nicht über 90 Prozent der Erben für diese leistungslosen Einkommen steuerfrei bleiben.

## **Arbeit und Soziales**



Ende November 2017 waren 23.392 Menschen in Düsseldorf arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,1%. Damit liegt Düsseldorf immer noch um 1,7 % über der Arbeitslosenquote im Bund. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im gleichen Monat bei 8.472. Dies entspricht einem Anteil von 36,2 %. Positiv zu vermerken ist, dass die Zahl in dieser Gruppe im Vergleich zum Vorjahresmonat um 9,3 % (- 870) gesunken ist. Der DGB sieht das als Erfolg der Zusammenarbeit aller Arbeitsmarktakteure in Düsseldorf. Abzuwarten bleibt, ob diese Entwicklung nachhaltig ist.

Mit Sorge sieht der DGB, dass trotz sinkender Arbeitslosigkeit, die Quote der Menschen die von Einkommensarmut bedroht sind, im Zeitraum von 2010 auf 2015 von 18,6 % auf 20 % gestiegen ist. Ein Anstieg ist auch beim Personenkreis der über 65-jährigen, die auf Grundversicherung im Alter angewiesen sind zu verzeichnen. Ihre Zahl ist im gleichen Zeitraum von 6701 Personen auf 8.748 Personen (+ 30,5 %) gewachsen. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, wird der Anteil der Sozialausgaben noch mehr den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt einengen. Hier ist der Gesetzgeber auf der Bundesebene gefordert, der Einkommens- und Altersarmut entgegen zu steuern.

## Wohnraum

Die Stadt Düsseldorf ist weiter aufgefordert, sich verstärkt für ausreichend bezahlbaren Wohnraum einzusetzen. Dabei ist aus Sicht des DGBs ein preisgedämpfter Wohnungsbau, der auch bezahlbar ist, von elementarer Bedeutung. Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis. Schon jetzt suchen weit mehr Menschen einen bezahlbaren Wohnraum als angeboten wird. Die Baugenehmigungen halten mit dem Zustrom in die Landeshauptstadt nicht ansatzweise mit. Der Bedarf an Wohnraum wächst, weil die Zahl der Singlehaushalte ebenso steigt wie die der Zuwanderer aus anderen EU-Staaten und Krisengebieten. Fakt ist: Solange mehr Menschen Wohnungen suchen als angeboten wird, werden die Mieten steigen.

Mit einer geplanten Nettokaltmiete von 9,60 € für einen preisgedämpfter Quadratmeterpreis liegt Düsseldorf entfernt von den durchschnittlichen Einkommensverhältnissen der Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt. Ein durchschnittlicher Mietpreis wurde im Mikrozensus von 2014 für deutsche Großstädte von 7,40 € Bruttokaltmiete errechnet. Im Gegensatz dazu liegt Düsseldorf mit 9,60 € Nettokaltmiete plus 3,00 € für Heiz- und Betriebskosten deutlich über diesem Wert. Die Stadt muss weiterhin an ihrem Ziel von 3.000 neuen Wohnungen pro Jahr festhalten.

## Schulen

Wir begrüßen, dass im Haushaltsansatz 2018 der Investitionsschwerpunkt erstmalig bei dem Masterplan Schulen, den Schulorganisatorischen Maßnahmen (SOM V) und Bädern liegt. Bis 2023 sollen 36 zusätzliche Züge im Grundschulbereich und ebenso viele Züge bei den weiterführenden Schulen geschaffen werden. Das trägt aber nur dann zu einer Qualitätsverbesserung der Düsseldorfer Schulen bei, wenn die Klassendurchschnittsfrequenzen gesenkt werden. In viel zu kleinen Klassenräumen werden an den Grundschulen derzeit teilweise über 35 Kinder unterrichtet. Die Umsetzung der Inklusion und der schulischen Integration der Geflüchteten erfordern zusätzliche Mittel bei der Sozialarbeit. Als Konsequenz aus den sinkenden Zahlen der Geflüchteten will die Stadt die festgeförderten Stellen erheblich zurückfahren statt den bisherigen Betreuungsschlüssel von 1:200 zu korrigieren; viele der Kolleginnen leisten tagein tagaus unentgeltliche Sozialarbeit in den Seiteneinsteigerklassen.

Bei der Inklusion behindert nicht nur der eklatante Fachlehrermangel die qualifizierte Betreuung der Kinder, was in der Verantwortung des Landes liegt, sondern auch die räumli-

che/sächliche Ausstattung/Zustand der Gebäude. In Zukunft muss ein Schulsozialindex die Vergabe der Gelder bestimmen, ausgerichtet an den erforderlichen Mitteln für Schulen in besonders benachteiligten Stadtbezirken wie Garath.

## VHS

Die hohe gesellschaftliche Bedeutung von Weiterbildung im Bereich der Digitalisierung, von Integrationsmaßnahmen, von Deutsch- und anderen Sprachkursen etc. wird von niemandem bestritten. Ein Honorar für die Dozent/-innen von derzeit 22 € an der VHS Düsseldorf kann auch darum in keiner Weise als angemessen angesehen werden.

Erforderlich ist daher die Korrektur des Beschlusses des letzten Jahres, eine jährliche Honorarerhöhung von 1 € (!) zu gewähren, bis dass im Jahr 2020 (!) ein Honorar von 25 € erreicht sei. Erforderlich ist vielmehr eine sofortige Erhöhung der Honorare an der VHS Düsseldorf auf 35 €, was einem monatlichen Nettoeinkommen von ca. 1500 € bei einem einer Vollzeitstelle entsprechenden Stundenvolumen bedeuten würde. Fast gleiche Tätigkeiten werden sehr unterschiedlich bezahlt: Der frei zugängliche Deutschkurs mit 20 Teilnehmer/-innen bringt dem/der Dozent/-in derzeit 22 € pro Unterrichtsstunde ein, der Integrationskurs mit ebenfalls 20 Teilnehmer/-innen - aber mit zusätzlichem Kontrollaufwand - wird mit 35 € pro Unterrichtsstunde vergütet, weil sonst die Zulassung des BAMF für diese Kurse zurückgezogen würde. Die Erhöhung der Honorare um den beschlossenen einen Euro wurde zudem durch erhöhte Teilnehmergebühren gegenfinanziert. Das Bildungsangebot der VHS muss aber gerade auch von Bezieher/-innen niedriger Einkommen wahrgenommen werden können, also ist eine Absenkung der Teilnehmergebühren angesichts einer städtischen Armutsquote von 20% (s. letzter Sozialmonitor von Düsseldorf) erforderlich. Zudem fordern wir die Stadt auf, die wirtschaftliche Lage der Dozent/-innen nicht zusätzlich dadurch zu verschlechtern, dass Anträge auf Urlaubsentgelt (Rechtsanspruch) mit abenteuerlichen Verdrehungen teilweise abgelehnt werden: Angeblich sei die besser verdienende Hälfte für den Unterhalt (inkl. Urlaub!) des/der Dozent/-in verantwortlich.

## Gelingende Integration

In Düsseldorf haben von knapp 636.000 Einwohnern rund 256.000 Einwohner einen Migrationshintergrund. Seit im Herbst 2015 die Zahl der nach Deutschland Geflüchteten, insbesondere aus den syrischen Kriegsgebieten, massiv anstieg, hat sich die Diskussion um Migration und Zuwanderung deutlich verschärft.

Der DGB begrüßt die Errichtung eines neuen Amtes für Migration und Integration bestehend aus der Abteilung „Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle, Obdachlose und Flüchtlinge“ und dem zugeordneten Sachgebiet „Kommunales Integrationszentrum“ sowie der Abteilung „Kommunale Ausländerbehörde“ mit Wirkung zum 1. Januar 2018 unter Leitung von Miriam Koch.

Die Integration der Geflüchteten durch Sprache, Bildung, Wohnen, Ausbildung sowie Arbeit muss weiterhin einen hohen Stellenwert in der politischen Arbeit haben. Dabei ist für Geflüchtete insbesondere der Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schwierig: Für Personen mit geringen Sprachkenntnissen und / oder ohne formale Qualifikation stehen in Deutschland aktuell nur rund 150.000 Arbeitsplätze zur Verfügung. Ausbildung ist also der Schlüssel für die Arbeitsmarktintegration. Deshalb brauchen wir Brücken ins Ausbildungssystem und eine Intensivierung von Sprachvermittlung. Weil Sprache über soziale Kontakte erlernt wird, wäre die Arbeitswelt ein idealer Lernort. Außerdem müssen wir mit den Sozial-

partner, Kammern, Agenturen, Jobcentern und alle weiteren relevanten Akteuren weiter nach Wegen der Integration von Geflüchteten in das Ausbildungssystem suchen.

## **Verkehr und Infrastruktur/ Dieselfahrverbot**

Die Landeshauptstadt und die Region leiden seit Jahren unter dem Verschleiß der Infrastruktur. Dabei hat Düsseldorf rund 300.000 Einpendler/-innen. Das sind im Vergleich zu 2007 20 Prozent mehr. Dem gegenüber stehen aber nur knapp 100.000 Auspendler/-innen. Mit einem Delta von knapp 200.000 Menschen belegen wir in Deutschland den Spitzenplatz. All diese Ein- und Auspendler/-innen erleben täglich den absoluten Verkehrsinfarkt live. Der DGB fordert deshalb eine noch stärkere Investitionsoffensive für die Verkehrsinfrastruktur und für den ÖPNV.

Zur aktuellen Dieselfahrverbotsdiskussion bleibt der DGB bei seiner Haltung, dass ein Dieselfahrverbot nicht die Lösung sein kann. In Düsseldorf führen mögliche Fahrverbote zu erheblichen Belastungen für den heimischen Wirtschaftsverkehr, die Berufspendler/-innen, Unternehmen und Handwerksbetriebe und für viele Kund/-innen von Unternehmen. Geschäfte müssen mit Waren beliefert, Pakete und Post zugestellt sowie Dienstleistungen erbracht werden.

Seit 2010 sind die Belastungen an den neuralgischen Punkten innerhalb der Stadt bekannt. Es bleibt also die Aufgabe der politischen Akteure vor Ort adäquate Lösungen zu suchen. Alleine nach dem Bund zu rufen, reicht als Handlungsoption nicht aus. Die Rheinbahn muss bei ihren Anstrengungen für mehr Elektromobilität verstärkt unterstützt werden. Weiter muss eine intelligente Regelung des Verkehrsflusses erarbeitet werden. Der fahrradfreundliche Ausbau der Innenstadt ist voranzutreiben. Außerdem muss ein Luftreinhalteplan überregional geplant werden, da auch in den Kommunen im Umland wesentliche Beiträge zur Luftreinhaltung geleistet werden können. Der Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt fokussiert sich auf lokale Maßnahmen, die in Düsseldorf ansetzen. Dieser lokale Ansatz ist unzureichend, da die regionalen Hintergrundbelastungen, die die Emissionen aus dem Umland abbilden, einen erheblichen Anteil der Immissionen vor Ort verursachen. In Düsseldorf beträgt dieser Anteil rund drei Viertel des zulässigen Stickoxidgrenzwertes.

*Sigrid Wolf*

Sigrid Wolf  
DGB-Stadtverbandsvorsitzende Düsseldorf